



**Dortmund, 28. April 2017**

## **Gemeinsame Erklärung des PEN-Zentrums Deutschland, des Verbands deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS) in ver.di und des Bundesverbandes der Friedrich-Bödecker-Kreise e.V.**

**Das PEN-Zentrum Deutschland, der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS) und der Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise e.V. (FBK) wenden sich gegen nationalistische Bewegungen, insbesondere gegen Positionen, wie sie AfD, Pegida und ähnliche Gruppierungen vertreten. Derartige politische Formationen stehen den Grundüberzeugungen des PEN, des VS und des FBK – Freiheit, Solidarität in sozialen Fragen, Toleranz – diametral entgegen. Der PEN, der VS und der FBK sind der Auffassung, dass sich solche Bewegungen gegen den Kernbestand demokratischer und toleranter Grundordnungen richten und Pluralität sowie Meinungsfreiheit gefährden.**

Nationalistische Bewegungen fordern die Durchsetzung einer sogenannten deutschen Leitkultur, die sich in einer besonders radikalen anti-islamischen Grundhaltung manifestiert. Damit soll ein nebulöses Deutschtum als kulturelle Norm durchgesetzt werden, was unweigerlich zu Intoleranz führen würde.

Ethnische Interpretationen von Verteilungskämpfen und sozialen Verwerfungen weisen eine erhebliche Nähe zu rassistischen Mustern auf. Doch auch ohne einen expliziten Rassismus vertiefen ethnozistische und kulturalistische Erklärungsansätze die Spaltung der Gesellschaft.

Das PEN-Zentrum Deutschland, der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS) und die Friedrich-Bödecker-Kreise treten ein für die in Deutschland bestehende, der sozialen Realität entsprechende pluralistische und kulturell vielfältige Gesellschaft. Eine erzwungene nationalistische Verengung wäre nicht nur bevormundend, sondern würde spalterisch wirken und den inneren Frieden unmittelbar gefährden.

Das PEN-Zentrum Deutschland, der Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS) und die Friedrich-Bödecker-Kreise setzen sich mit Nachdruck für Toleranz und die Freiheit des Wortes ein. Entsprechend erachten sie es als ihre Pflicht, die Stimme gegen solche Bewegungen zu erheben, die sich dezidiert gegen Toleranz und Freiheit richten.